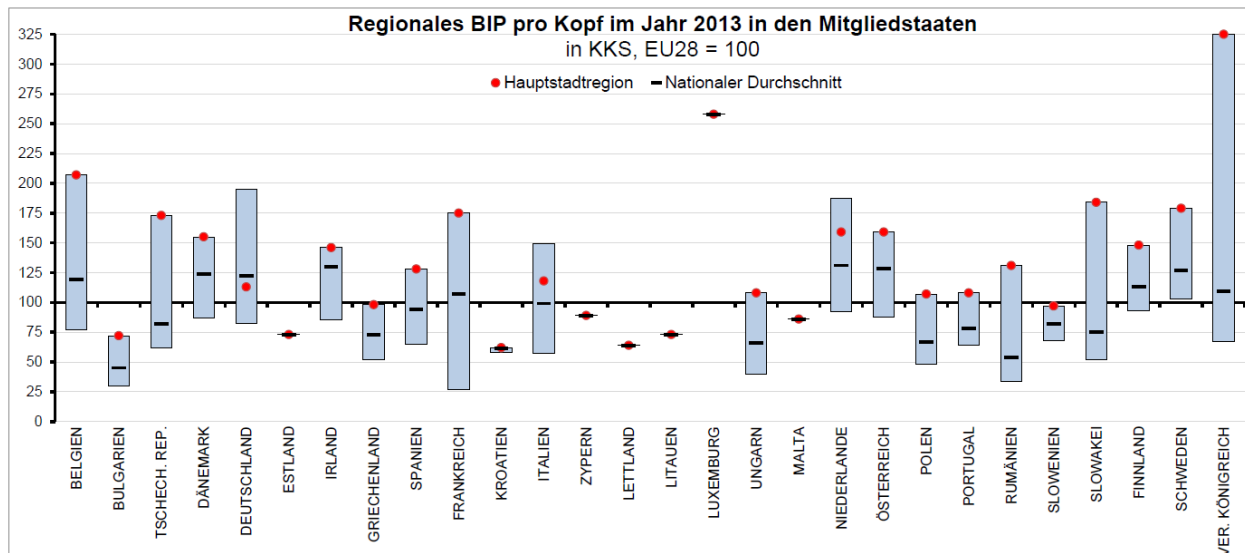




Euro-Kurzinformation (44)

im Juni 2015

☞ Regionales BIP pro Kopf in der EU: Sieben Hauptstadtregionen unter den zehn wohlhabendsten Regionen



Die Balken zeigen für jeden Mitgliedstaat den Abstand zwischen der Region mit dem niedrigsten Wert und der Region mit dem höchsten Wert.

Quelle: Die Informationen stammen aus Daten des Jahres 2013, die vom statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht werden. Die Grafik ist der Eurostat-Pressemitteilung 90 vom 21. Mai 2015 entnommen.

Im Jahr 2013 (dies sind die letztverfügbaren aktuellen Daten) reichte das regionale BIP pro Kopf (ausgedrückt in Kaufkraftstandards), von 27% des EU28-Durchschnitts im französischen Überseedepartement Mayotte bis 325% des Durchschnitts in der **Region Inner London** im Vereinigten Königreich. Auf den nächsten Plätzen lagen das Großherzogtum Luxemburg (258%), Brüssel in Belgien (207%) und bereits auf Platz vier **Hamburg** (195%), gefolgt von Groningen in den Niederlanden (187%), Bratislava in der Slowakei (184%), Stockholm in Schweden (179%), Île de France in Frankreich (175%) und Prag in der Tschechischen Republik (173%). Die weiteren deutschen Regionen unter den 20 stärksten sind Oberbayern auf Platz 10 (172%), Bremen (12. mit 159%), Darmstadt (15. mit 158%) und Stuttgart (16. mit 156%). Nach Mayotte in Frankreich (27%) befanden sich alle Regionen am unteren Ende der Rangfolge in Bulgarien und Rumänien: Severozapaden (30%), Severen tsentralen (31%) und Yuzhen tsentralen (32%) in Bulgarien und Nord-Est in Rumänien (34%).

Ein interessantes Ergebnis der Auswertung ist, dass **Griechenland** mit 73% zwar ein unterdurchschnittliches pro Kopf-BIP aufweist, jedoch noch vor Polen (67%), Ungarn (66%) und Kroatien (61%) und nur knapp hinter Portugal (78%) rangiert. Und die Region Athen (Attiki) weist mit 98 % eine knapp durchschnittliche Leistungsfähigkeit auf. Aus dem Datenkranz ist zu schließen, dass die aktuellen Probleme Griechenlands nicht ausschließlich auf mangelnde Produktivität zurückzuführen sind. So kann auch Griechenlands aktuelle Haushaltsbilanz (Januar bis Mai 2015) mit einem Primärüberschuss von 1,51 Mrd. € aufwarten – erwartet worden war ein Defizit von 556 Mill. €. Dies allerdings bei um 1 Mrd. € niedrigeren Steuereinnahmen, und dies ist eines der eigentlichen Probleme Athens: eine mangelhafte Steueradministration.

Kommentar: Griechenland ist Teil der EU und nach notwendigen Strukturreformen auch hinreichend leistungsfähig, um im Euro-Raum auf Dauer bestehen zu können!

☞ Schengen – oder doch wieder Schlagbäume?

Wie schon bei früheren hochrangigen Gipfeltreffen wurden auch während des G7-Treffens auf Schloss Elmau Grenzkontrollen rund um den Tagungsort vorgenommen. Damit wurde für einige Zeit das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt.

Das Schengener Abkommen war vor 30 Jahren zunächst ein Übereinkommen zwischen den Benelux-Staaten, Deutschland und Frankreich, auf Kontrollen des Personenverkehrs an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten und einen europäischen Binnenmarkt voranzutreiben. Es wurde nach Schengen im Großherzogtum Luxemburg benannt. In Kraft trat das Abkommen dann 1995. Mitglieder des Schengener Abkommens sind heute alle EU-Staaten bis auf Großbritannien, Irland und Zypern, Bulgarien, Rumänien und Kroatien. Zu den Schengener Staaten gehören außerdem Island, Norwegen, Schweiz und Lichtenstein.

Innerhalb des Schengen-Gebietes sind die Personenkontrollen bis auf Stichproben hinter den Landesgrenzen weggefallen. An den Außengrenzen zu Drittstaaten wird nach einem einheitlichen Standard kontrolliert.

Bei den Grenzkontrollen während des G7-Gipfels wurden zahlreiche Straftaten aufgedeckt, was zu heftiger Kritik an Schengen führt (vor allem von der CSU) und teilweise sogar zu der Forderung, Schengen abzuschaffen (z.B. FPÖ in Österreich). Bayern will die Schleierfahndung in der Grenzregion verstärken. Kriminalitätsbekämpfung ist wichtig. Dafür muss die Polizei ausreichend ausgestattet werden. Bedenken wir aber den wirtschaftlichen Schaden, wenn Schengen abgeschafft würde und was es für den Bürger bedeuten würde, Europa nicht mehr selbst durch den freien Reiseverkehr zu erleben. Schengen ist das deutlichste Zeichen für die Existenz einer europäischen Gemeinsamkeit und eine der wichtigsten Errungenschaften der EU.

Kommentar: Wir wollen Europa nicht rückabwickeln!

☞ Neues überflüssiges Gesetz in Brüssel geplant

Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments fordert gesetzlich vorgeschriebene Kraftstoffverbrauchsanzeigen in Fahrzeugen. Außerdem sollen Warnsignale dem Fahrer anzeigen, wann er den Gang wechseln soll.

Gesine Meißner, Obfrau und Berichterstatterin der ALDE-Fraktion im EP, meint dazu: „Diese Forderung ist überzogen. Fahrzeughersteller können diese Hilfsmittel in Fahrzeuge einbauen, dafür ist kein Gesetz nötig. Für die Logistikbranche ist Spritsparen eine wirtschaftliche Notwendigkeit, Verbrauchsanzeigen sind für die Hersteller von Nutzfahrzeugen also ein Wettbewerbsvorteil. Auch im PKW sind die Anzeigen mittlerweile weit verbreitet. Eine verpflichtende Regulierung ist überflüssig.“

Kommentar: Wollte man in Brüssel nicht in Zukunft überflüssige Gesetze vermeiden?

☞ Darauf können wir stolz sein!

Die Europawahl im vergangenen Jahr war eine historische, denn sie ermöglichte den Wählerinnen und Wählern zum ersten Mal, durch ihre Stimmabgabe auch darüber mitzubestimmen, wer die Europäische Kommission anführen sollte. Die großen europäischen Parteienfamilien nominierten Spitzenkandidaten – dieser deutsche Begriff wurde europaweit zum terminus technicus, um das Neue, das Besondere dieser Europawahl zu beschreiben. Der Begriff „Spitzenkandidat“ wurde in ganz Europa zum Synonym für mehr Demokratie auf europäischer Ebene.

Kommentar: Ach, wie schön!

J. Bokr

C. Wittern

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!